



Resolution der SP Kanton St.Gallen, verabschiedet vom Parteitag am 13. Januar 2023

1 Migration

2 Es ist unannehmbar, dass bis heute die Schweiz einen Viertel der Bevölkerung – mehr als zwei
3 Millionen Menschen – von der demokratischen Mitwirkung ausschliesst und ihnen das Stimm- und
4 Wahlrecht vorenthält. Wir wollen dieses Demokratiedefizit endlich beheben und mehr demokratische
5 Teilhabe und mehr Sicherheit für Migrant:innen in der Schweiz erreichen.

6 Die SP ist diejenige Partei, die national, kantonal und kommunal für eine starke Integrationspolitik,
7 die Bekämpfung von Armut und eine würdige Asyl- und Flüchtlingspolitik kämpft. Konkret fordern
8 wir:

9 **Heimat für alle!** Die SP St.Gallen will die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer:innen
10 nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz. Gleichzeitig müssen die Einbürgerungsvoraussetzungen
11 gelockert werden und Einbürgerungsverfahren angemessen, fair und unter Wahrung von
12 verfahrensrechtlichen Grundsätzen ausgestaltet werden.

13 Wer in der Schweiz wohnt, von Gesetzen und staatlichen Massnahmen mitbetroffen ist, darf nicht
14 allein deshalb von den politischen Rechten ausgeschlossen bleiben, nur weil er oder sie kein
15 Schweizer Bürgerrecht besitzt. Die SP St.Gallen fordert deshalb das Stimm- und Wahlrecht für alle,
16 die in der Schweiz niedergelassen sind. Dies in Ergänzung zur notwendigen Erleichterung und
17 Vereinfachung der Einbürgerung für Menschen, die bereits länger bei uns leben. Die Teilnahme am
18 politischen Leben stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Bewusstsein für die Rechte und
19 Pflichten aller Einwohner:innen und erhöht damit die Gelingensbedingungen für Integration.
20 Unterschiedliche Lebenserfahrungen und Blickwinkel bereichern die politische Debatte und stärken
21 damit die Demokratie. Die politische Tendenz geht heute jedoch in eine andere Richtung.

22 **Armut bekämpfen statt die Migrationsbevölkerung:** Personen ohne Schweizer Bürgerrecht
23 werden an den Rand gedrängt, indem das Aufenthaltsrecht von Sozialhilfebezug,
24 Sprachkenntnissen oder Schuldenfreiheit abhängig gemacht wird. Viele wagen trotz Corona-Krise
25 nicht, Sozialhilfe zu beziehen. Denn dann drohen Rückstufung und im schlimmsten Fall der Verlust
26 der Aufenthaltsbewilligung. Die SP St.Gallen hält fest: Alle Menschen in der Schweiz haben das
27 Recht auf finanziell gesicherte Verhältnisse und auf demokratische Teilhabe. Wir müssen die Armut
28 bekämpfen, nicht die Armen. Erst durch gesicherte ökonomische Verhältnisse wird Integration
29 möglich. Dafür muss endlich die weit verbreitete Chancenungleichheit in der Bildung und die damit
30 stark verbundene strukturelle Diskriminierung im Bildungssystem eliminiert werden.

31 **Eine würdige Asyl- und Flüchtlingspolitik:** Der Kanton St.Gallen muss eine würdige Unterbringung
32 und Versorgung sowie eine Gleichbehandlung aller Kriegs- und Krisengeflüchtete garantieren. Bei
33 der Unterbringung und Versorgung in Zentren muss die physische und psychische Gesundheit
34 berücksichtigt sowie die kulturelle Vielfalt und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen
35 anerkannt werden. Dafür müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Sozialarbeitende
36 und Betreuende professionell arbeiten können und selbst nicht Gefahr laufen, ausgebrannt und
37 ausgenützt zu werden. Alle bedrohten Kriegs- und Krisengeflüchteten müssen in der Schweiz
38 unabhängig von ihrer Herkunft gleichbehandelt werden. Die Kantone müssen die Bundesbeiträge
39 nutzen und an die Flüchtlinge, die Gastfamilien und Programme sozialer Organisationen
40 weitergeben. Zu einer würdigen Flüchtlingspolitik gehört auch die Arbeitsaufnahme ab dem ersten
41 Tag und nicht erst nach der vorläufigen Aufnahme. Mit Diplomanerkennung und Zugang zu Bildung
42 wird die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht.